



# INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag 14. September 2018

Band 12, Ausgabe 14

## Themen

### Bundshaushalt

### Chemnitz

### Arbeit und Soziales

### Ungarn

**"Wir haben Videoaufnahmen darüber, dass es Hetzjagden gab, dass es Zusammenrottungen gab, dass es Hass auf der Straße gab, und das hat mit unserem Rechtsstaat nichts zu tun."**

(Bundeskanzlerin Angela Merkel zu den Ereignissen in Chemnitz)

### In dieser Ausgabe:

Regierung legt Bundeshaushalt vor 2

Handlungsfähiger Staat 2

Deutsch-Ungarischer Arbeitskreis gegründet 3

Mehr Geld für Verteidigung und Innere Sicherheit 3

High-Tech-Strategie der Bundesregierung 3

Aus meiner Rede zum Bundeshaushalt 2019 4

## Fraktionsvorstandsklausur

In der Klausur am Ende letzter Woche hat sich der Fraktionsvorstand mit wichtigen Themen für unser Land befasst. Auf welche Partner kann sich Deutschland in einer immer unübersichtlicheren Lage verlassen? Wie schaffen wir es, die Rente auch in Zukunft generationengerecht zu finanzieren? Welche Schritte müssen eingeleitet werden, damit wir die Chancen der Künstlichen Intelligenz nutzen können? Auf welche Weise lässt sich die solide Haushaltspolitik fortsetzen und in welche Bereiche müssen wir investieren?

In den konstruktiven Beratungen haben wir bekräftigt: Auf die Union ist Verlass. In Zeiten von Rekordbeschäftigung, eines ausgeglichenen Haushaltes und steigenden Investitionen arbeiten wir für eine gute Zukunft unseres Landes.

Mit den Beschlüssen der Vorstandsklausur zeigen wir die Bandbreite der vor uns liegenden Arbeit auf: Mit dem „Pakt für den Rechtsstaat“ fordern

wir weitere Maßnahmen für einen starken Staat wie etwa eine Verschärfung des Straf-



rahmens für den Besitz von Kinderpornografie sowie effektivere Strafprozesse. In unseren Forderungen zur Bildung in Deutschland bekräftigen wir die Notwendigkeit, dass die Digitalisierung in Deutschlands Schulen ankommt – im Unterricht, aber auch in der Ausstattung. Ohne Frage sind sie Länder als Träger der Kultushoheit in der Pflicht, angesichts der Größe der Herausforderung aber muss ihnen der Bund unter die Arme greifen. Gleichzeitig fordern wir, das Schulstarterpaket für Kinder aus sozial schwachen Familien von 100 auf 120 Euro aufzustocken.



Wir bekräftigen zudem, dass wir für den Ausbau und die Instandsetzung unserer Infrastruktur stehen. Damit die Rekordmittel, die im Haushalt dafür bereitstehen, auch in vollem Umfang eingesetzt werden können, legen wir Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung vor. Zudem sprechen wir uns für eine ausreichende staatliche Finanzierung des Breitbandausbaus aus.

Wir wollen das Ehrenamt stärken, indem wir bürokratische Hemmnisse abbauen und uns für die Schaffung einer bundesweiten Ehrenamts-hotline einsetzen, die den ehrenamtlich Tätigen mit Rat zur Seite steht.

Wie keine andere politische Kraft stehen wir für die Aufarbeitung des SED-Unrechts in der DDR. Wir wollen ein weiteres dunkles Kapitel der SED-Herrschaft, die Zwangsadoption von Kindern von der SED unlieb-samen Menschen, endlich restlos aufklären und das schreckliche Leid der Betroffenen lindern.

## Regierung bringt Bundeshaushalt ein

Diese Woche haben wir den Haushaltsentwurf der Bundesregierung für das Jahr 2019 in erster Lesung debattiert. Der Regierungsentwurf basiert auf der Steuerschätzung von Mai dieses Jahres. Er enthält eine globale investive Mehrausgabe in Höhe von 7 Milliarden Euro und für die nächste Steuerschätzung Ende Oktober zeichnen sich bereits weitere Mehreinnahmen ab.

Der Kabinettsbeschluss sieht vor, dass der Bund wie schon seit 2014 keine neuen Schulden aufnimmt. Erstmals seit



2002 wird die Schuldenstandgrenze des Maastrichter Vertrags von 60 % des Bruttoinlandsprodukts unterschritten. Möglicherweise gelingt dies bereits im Vollzug des Bundeshaushalts 2018. Die Umsetzung der prioritären Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag kann daher verstärkt fortgesetzt werden. Die Ausgabenzuwächse des Regierungsentwurfs entfallen vor allem auf das Baukindergeld, den sozialen Wohnungsbau, steuerliche Entlastungen für Familien sowie die Erhöhung des Verteidigungsetats.

Wie die erheblichen finanziellen Handlungsspielräume genutzt werden, werden wir in den kommenden Wochen im Deutschen Bundestag beraten und entscheiden. Wir lassen uns bei dieser Frage davon leiten, was unser Land voranbringt. Wir treten vor allem dafür ein, dass unsere Soldaten besser ausgerüstet werden und die Bundeswehr auch Aufträge für mehrjährige Großvorhaben erteilen kann. Zudem wollen wir weiter kräftig in Zukunftsthemen wie die digitale Infrastruktur, die künstliche Intelligenz und die innere Sicherheit investieren.

## Handlungsfähiger Staat

In diesen Tagen sind viele Menschen in unserem Land angesichts der Chemnitzer Ereignisse und deren Folgen verunsichert. In der Diskussion muss in den nächsten Wochen vieles aufgearbeitet und entschlossen die richtigen politischen Schlüsse aus diesen vielschichtigen und zum Teil äußerst erschreckenden Ereignissen gezogen werden. Dabei darf eines nicht geschehen: Wir dürfen nicht ein ganzes Bundesland und die Bürgerinnen und Bürger von Sachsen und Chemnitz allein aufgrund wenig fundierter Medienberichte unter Generalverdacht stellen. Gerade wir als Union müssen die Menschen zusammenführen und Spaltungen überwinden.

Dazu gehört in erster Linie, dass zwei Wochen nach dem schrecklichen Tötungsverbrechen von Chemnitz endlich

ein umfassendes und nachprüfbares Lagebild von den Ereignissen abgegeben werden muss. Die Öffentlichkeit muss unterrichtet werden, wie der Stand der Ermittlungen gegen die Tatverdächtigen ist. Genauso muss im Einzelnen nachgezeichnet werden, welche Erkenntnisse über vermeintliche Hass-Kundgebungen und Taten im Anschluss daran vorliegen. Wenig erhellend erscheint vor diesem Hintergrund die aufgesetzte mediale Personaldiskussion um den Präsidenten des Verfassungsschutzes, die aus dessen von der Bundeskanzlerin abweichenden Einschätzungen der Chemnitzer Ereignisse resultierte.

Die ursprüngliche Tat ist ein abscheuliches Verbrechen. Der Rechtsstaat muss schnell und gründlich die Ermittlungen zu dem Tötungsverbrechen führen und den Beschuldigten den Prozess machen. Genauso muss

unser Staat allen Straftaten nachgehen, die danach begangen wurden.

Konsequentes Handeln aller staatlichen Institutionen ist erforderlich, um den Rechtsfrieden in unserem Land zu wahren. Es obliegt der Polizei und Staatsanwaltschaft, Vorfälle und Straftaten zügig und vorbehaltlos aufzuklären, Gerichte urteilen, ob jemand bestraft wird. Ausschließlich beim Staat liegt das Gewaltmonopol.

Bei allem Entsetzen über Einzelfälle sollten wir uns stets vor Augen führen, dass Deutschland ein sicheres Land ist. Wir haben einen starken Staat und wir als Unionsfraktion stehen dafür, dass er stark bleibt und weiter gestärkt wird. Wir als Union haben eine Verantwortung, mit Besonnenheit und der Kraft der Differenzierung zu reagieren – auch in schwierigen Zeiten.

## Deutsch-Ungarischer Arbeitskreis gegründet

Diesen Donnerstag haben wir den Parlamentskreis Ungarn der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegründet. Nachdem die Deutsch-ungarische Parlamentariergruppe des Bundestages in dieser Legislaturperiode in eine Parlamentariergruppe für die Visegradstaaten (Tschechien, Slowakei und Ungarn) überführt wurde, wollen wir



in der Union der besonderen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn gerecht werden.

Es geht uns darum, die partnerschaftlichen Beziehungen des Deutschen Bundestages zum ungarischen Parlament zu pflegen und vor dem Hintergrund der gemeinsamen Geschichte einen

kontinuierlichen Dialog mit den nationalen Parlamentariern zu führen. Im Vordergrund steht der Informations- und Meinungsaustausch, daneben aber auch Kontakte zu Regierungsvertretern und Repräsentanten der Zivilgesellschaft. Der Austausch unterschiedlicher Sichtweisen hilft dabei, voneinander zu lernen, stärkt den europäischen Zusammenhalt und fördert die parlamentarisch-demokratischen Strukturen in Ungarn wie in Deutschland..

## Mehr Geld für Verteidigung und Innere Sicherheit

Das Kabinett hat für 2019 für das Innenministerium Ausgaben von 15 Mrd. Euro beschlossen. Gegenüber 2018 ist dies ein Anstieg von 900 Mio. Euro. Auf den Bereich Innere Sicherheit entfällt mit 5,4 Mrd. Euro mehr als ein Drittel. Darin sind Personalmittel für rund 2.000 Mitarbeiter enthalten, damit wir in dieser Legislatur insgesamt 7.500 zusätzlichen Stellen für Sicherheitsbehörden des Bun-

des schaffen. Für das Baukindergeld sind im kommenden Jahr 570 Mio. Euro eingeplant. Für Zuschüsse zu Investitionen im Rahmen des Programms „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ werden von 2019 bis 2022 jährlich 50 Mio. Euro zusätzlich zum bisherigen Finanzplan zur Verfügung gestellt.



Quelle: Deutscher Bundestag

Der Verteidigungshaushalt soll um gut 4 Mrd. Euro auf 42,9 Mrd. Euro ansteigen. Die NATO-Quote beträgt nach dem Regierungsentwurf im kommenden Jahr 1,31 %. Um die Bundeswehr zu modernisieren und NATO-Beschlüsse umzusetzen, werden wir auch in den kommenden Jahren deutlich mehr Geld ausgeben müssen.

## High-Tech-Strategie der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat ihre High-Tech-Strategie 2025 (HTS) vorgestellt. Die HTS soll innovativen und kreativen Menschen und Unternehmen eine Orientierung bieten und Perspektiven aufzeigen, wie Deutschland seine Zukunft mit Forschung und Innovation erfolgreich gestalten kann. Denn aktuelle gesellschaftliche Umbrüche und rasante technologische Entwicklungen erfordern neue Antworten darauf, wie wir unser Zusammenleben in Deutschland gestalten und den

Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken können.

Mit der HTS wird die Förderung von Forschung und Innovation an den Bedarfen der Menschen ausgerichtet – etwa im Bereich „Gesundheit und Pflege“, „Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energie“, „Mobilität“, „Stadt und Land“, „Sicherheit“ und „Wirtschaft und Arbeit 4.0“. Sie soll dazu beitragen, Deutschland an die Spitze



der nächsten technologischen Revolutionen zu stellen, um Arbeitsplätze in Deutschland zu halten und unseren Wohlstand zu sichern. Die Förderung neuer Technologien geht dabei Hand in Hand mit Investitionen in Aus- und Weiterbildung, um die Menschen auf anstehende Veränderungen vorzubereiten.

**AXEL E. FISCHER**  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790  
Fax: 030-227-76677  
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

**"Die Skepsis gegenüber den Medienberichten zu rechtsextremistischen Hetzjagden in Chemnitz werden von mir geteilt. Es liegen dem Verfassungsschutz keine belastbaren Informationen darüber vor, dass solche Hetzjagden stattgefunden haben."**

(Hans-Georg Maaßen, Präsident des Verfassungsschutzes, zu den Vorfällen in Chemnitz)

## Aus meiner Rede zum Entwurf des Bundeshaushaltes

„Trotz jährlich ansteigender Sozialleistungen wächst Unzufriedenheit und Neid auf Leistungen für Migranten. Und das, obwohl diese nur Minimalleistungen erhalten. (...)

Und in der Tat, sind nur Wenige der neu Hinzugekommenen sofort in unse-

ren Arbeitsmarkt integrierbar. Aber ist das verwunderlich? Notwendige Voraussetzungen wie Fachwissen, Fertigkeiten und Arbeitshaltung fallen ja nicht vom Himmel.

Wie lange und wie viel haben wir in junge Menschen investiert, bis sie nach 18, 21 oder 26 Jahren oder noch später in den Arbeitsmarkt eingetreten sind? Allein die Konsumausgaben betragen bis zur Volljährigkeit mehr als 130.000 Euro. Hinzu kommen die Kosten für die staatliche Kinderbetreuung, die Beschulung, die betrieblichen Ausbildungskosten, die Kosten für Berufsschulen, Hochschulen um nur einige Beispiele zu nennen. Da liegen wir schnell bei weit über 200.000 Euro, selbst wenn kein Medizinstudium finanziert wurde.

Die Bundesregierung geht

hier dankenswerterweise mit großen Schritten in die richtige Richtung. Für Integrationskurse und zur berufsbezogenen Sprachförderung von Migranten sind im Entwurf zum Bundeshaushalt rund 1,1 Milliarden Euro vorgesehen. Hinzu kommen Mittel zur Integration in den Arbeitsmarkt. Damit wollen wir den Migranten eine Perspektive geben, die bereit sind, am Arbeitsmarkt teilzunehmen und sich in die Gesellschaft zu integrieren. (...)

Der größte Ausgabenposten im Sozialhaushalt wie im Bundeshaushalt insgesamt werden auch im kommenden Jahr die Zuschüsse des Bundes an die Rentenversicherung sein. Mit etwa 100 Milliarden Euro im kommenden Jahr gibt der Bund nämlich ein Vielfaches - als Zuschuss - für die Versorgung unserer Rentner aus, in Vergleich zu dem, was für die Berufliche Integration von Migranten aufgewendet wird. Und dieser Bundeszuschuss wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter stark anwachsen müssen.

Wie reagiert nun die Bundesregierung auf diese Herausforderung? Die Bundesregierung verschärft unter anderem mit der „doppelten Haltelinie“ die Probleme der Finanzierung unserer Sozialsysteme weiter. Würde das so umgesetzt und beibehalten, müsste der Bun-

deszuschuss perspektivisch auf mehr als 200 Milliarden Euro jährlich anwachsen. (...)

Der Demographiebeauftragte der Unionsfraktion, Kollege Michael Frieser schreibt in einem aktuellen Artikel in der FAZ dazu: „Generationengerechtigkeit scheint nur noch eine Worthülse. Anstatt also zu einer nachhaltigen Finanzierbarkeit beizutragen, ist das Ziel wohl die Abschaffung des Rentensystems durch Nichtfinanzierbarkeit.“

Schon heute ächzen die Leistungserbringer in Deutschland unter der Last von Steuern und Abgaben. Es ist daher wenig verwunderlich, wenn von Seiten der Wirtschaft Vorschläge für die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 72 Jahre erfolgen. Denn eine solch enorme Finanzlast engt nicht nur die finanziellen Spielräume des Bundes ein, sie senkt die zukünftige Attraktivität des Landes für mobile qualifizierte Arbeitskräfte. Das schwächt massiv die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in Deutschland. Und diese Unternehmen sind letztendlich der Ort, an dem motivierte Arbeitnehmer – zu denen dann vielleicht auch viele gut ausgebildete und integrierte Migranten gehören - den Wohlstand erarbeiten bzw. produzieren, von dem die Menschen in Deutschland einst leben werden.“